

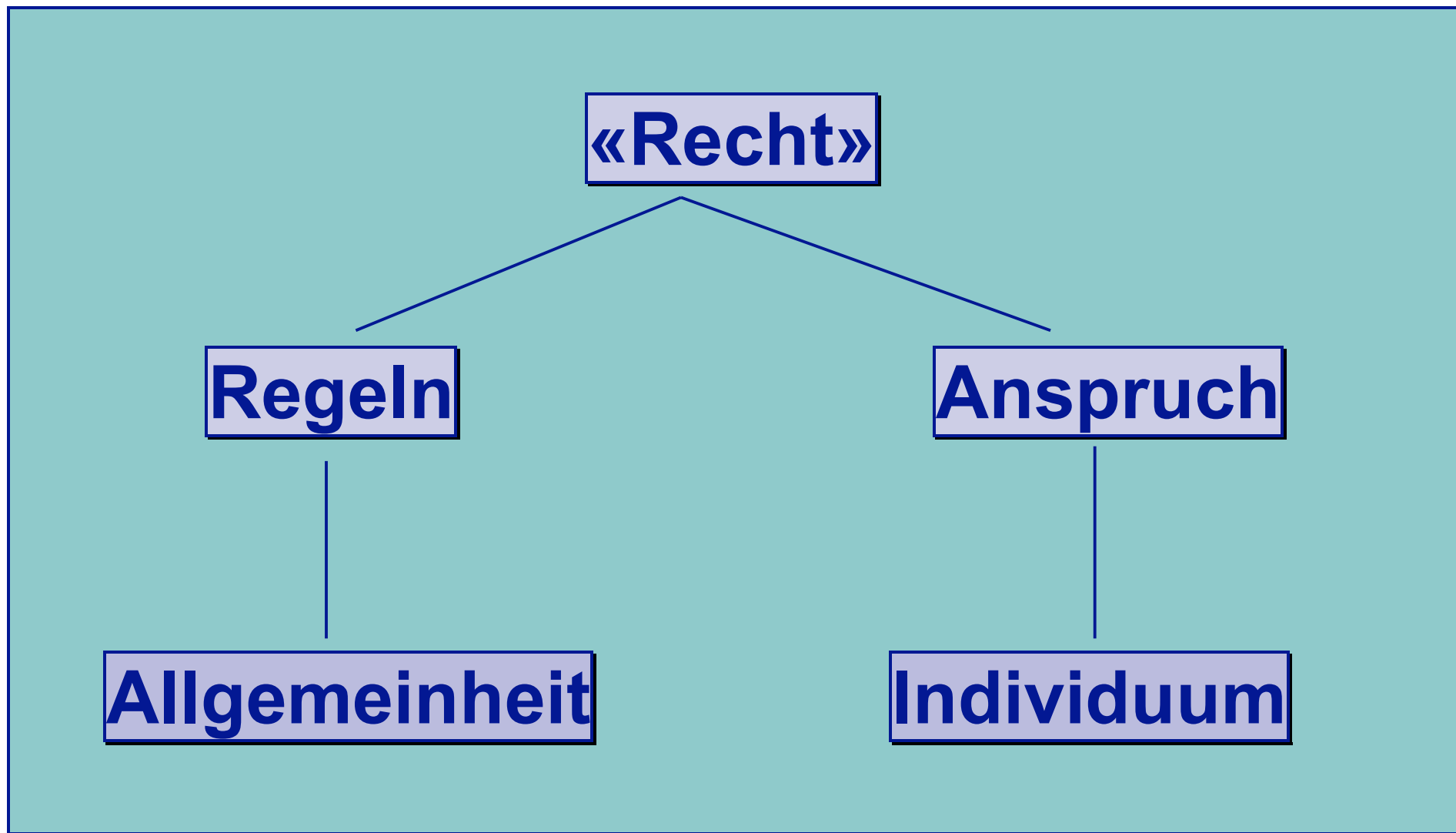
Ausbildungsbeiträge — Voraussetzungen

§ 12 und 13 Stipendienverordnung Kanton Zürich

Für die Ausbildung im Ausland werden Beiträge ausgerichtet,

- wenn sie an einer staatlichen Hochschule erfolgt, und
- wenn in der Schweiz keine entsprechende Ausbildung angeboten wird.

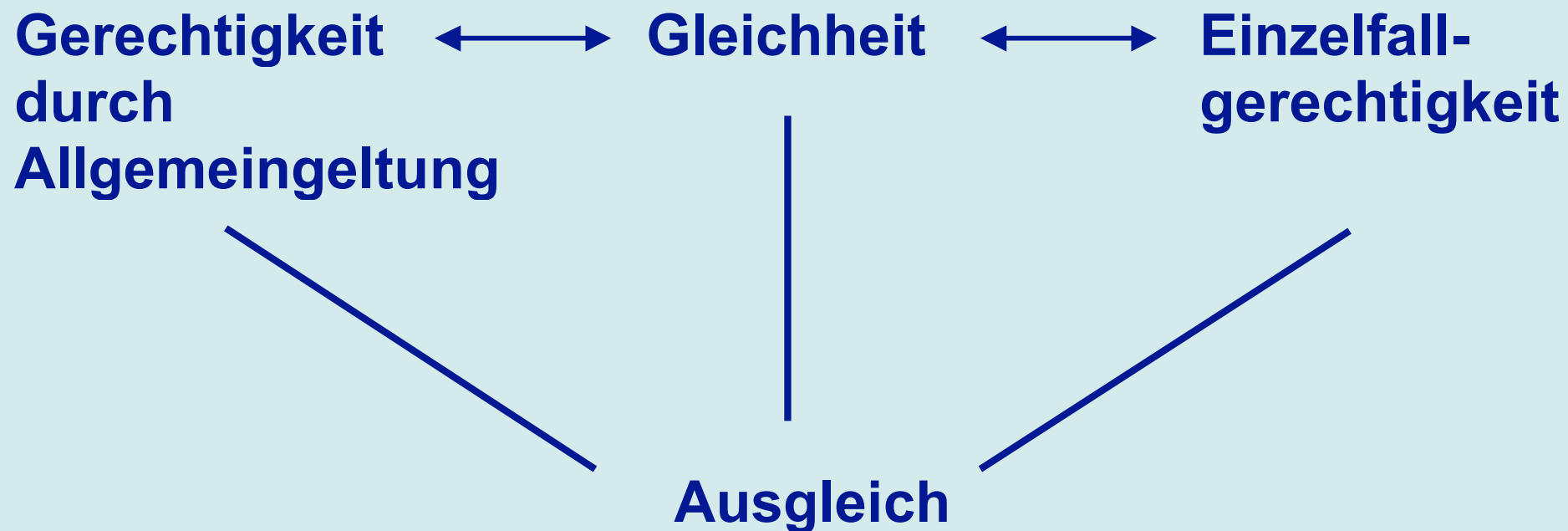
Ein Anspruch besteht nur, wenn die Person in Ausbildung über eine vom Bund anerkannte Maturität verfügt.



Funktionen und Prinzipien des Rechts

- **Verhaltenssteuerung**
- **Regeln – Rechtserzeugung**
- **Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit**
- **Berechenbarkeit : Rechtssicherheit**
- **Gerechtigkeit**

Recht und Gerechtigkeit



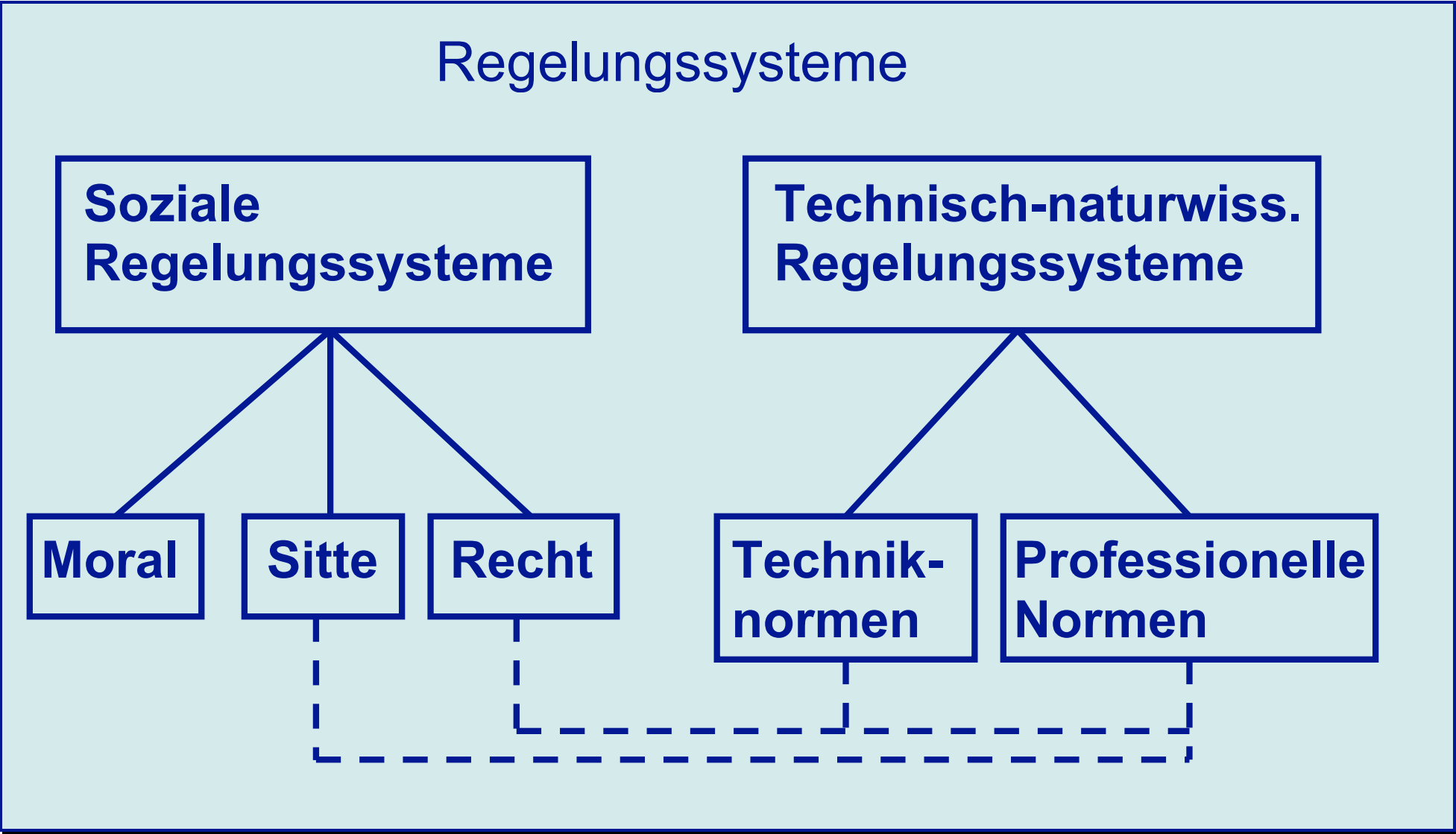
Verhaltenssteuerung

Man schüttet kein Benzin in Gewässer

Für Versuche am Menschen sind die Information der Teilnehmenden und ihre Zustimmung notwendig (informed consent)

Gartenabfälle dürfen im Freien nicht verbrannt werden

Beim Halten am Rotlicht ist der Motor abzustellen
(und im Hörsaal das Handy)



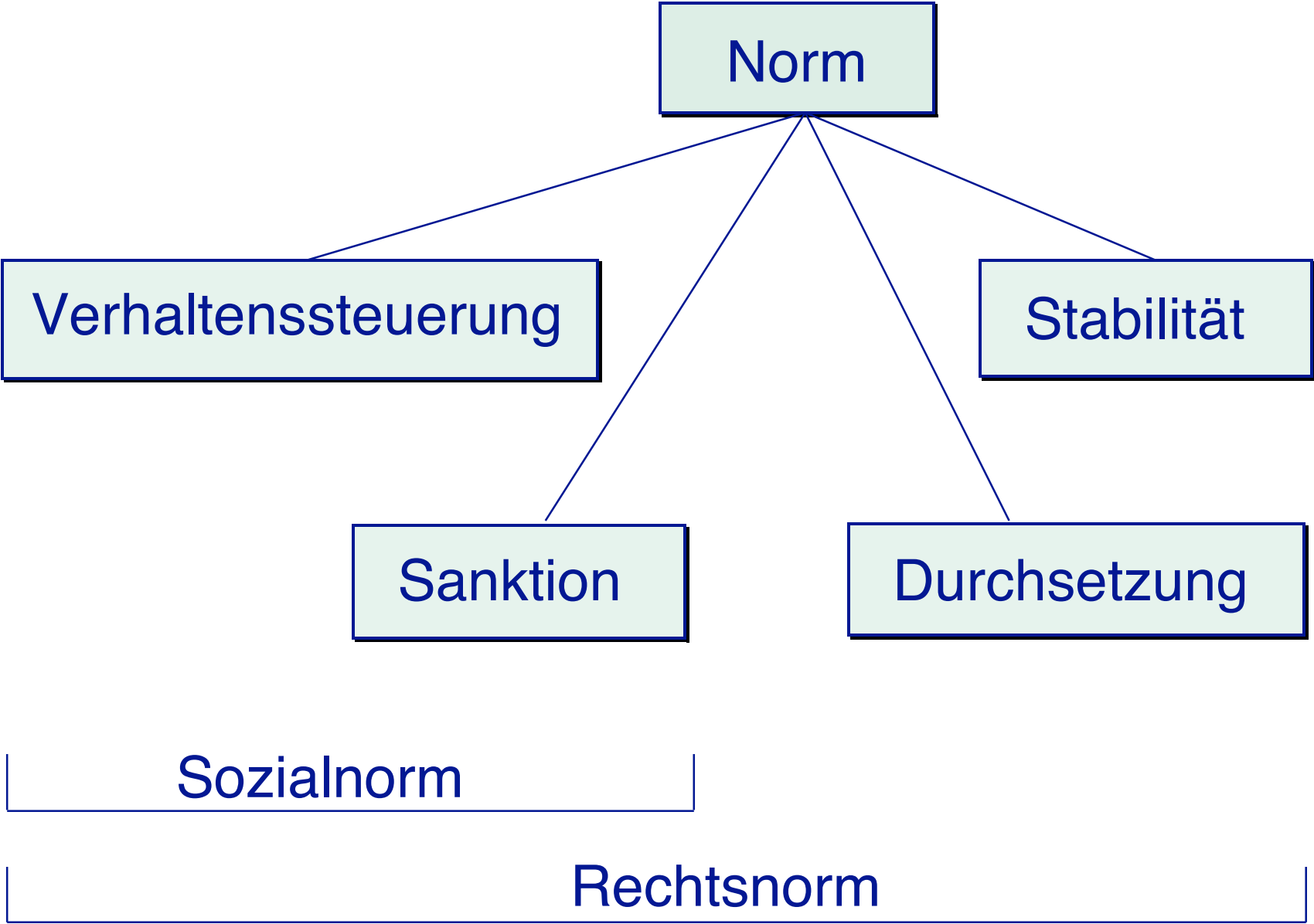
Selbstregulierung im Technikrecht

Techniknormen

Geschriebene, durch private Organisationen beschlossene Regelwerke; «Normen»
z.B.: SIA-Normen, Normenwerke der Schweizerischen Akademien

Professionelle Normen

- Geschriebene Verhaltensregeln
z.B.: Lehrbücher, Forschungsprotokolle, Codices
- Ungeschriebene Regeln; «Know How»



Art. 47 VRV Überschreiten der Fahrbahn

¹ Die Fussgänger müssen, besonders vor und hinter haltenden Wagen, behutsam auf die Fahrbahn treten; sie haben die Strasse ungesäumt zu überschreiten. Sie müssen Fussgängerstreifen, Über- oder Unterführungen benützen, wenn diese weniger als 50 m entfernt sind.

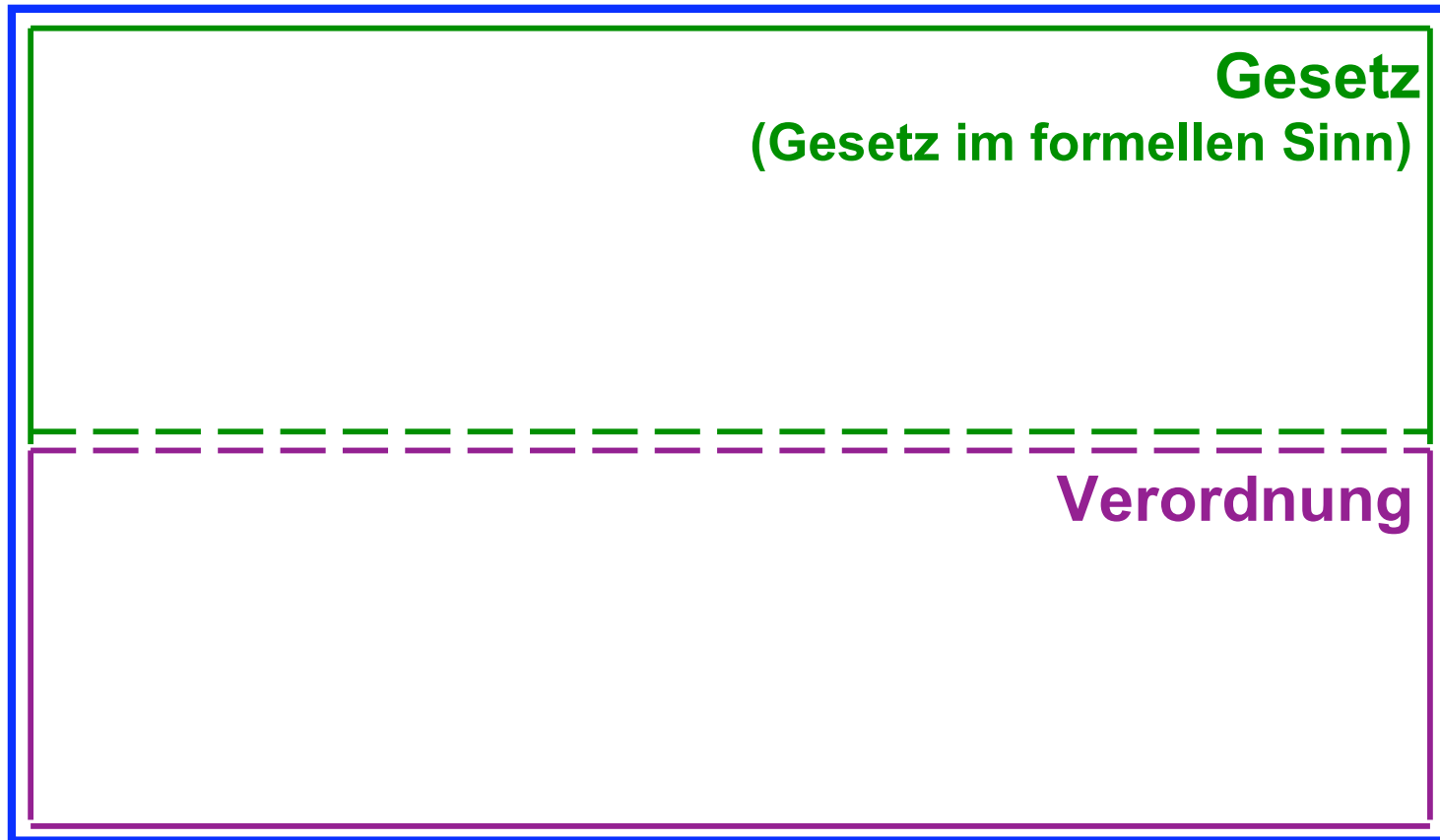
Stufenbau der Rechtsordnung

Rechtssatz – Einzelakt

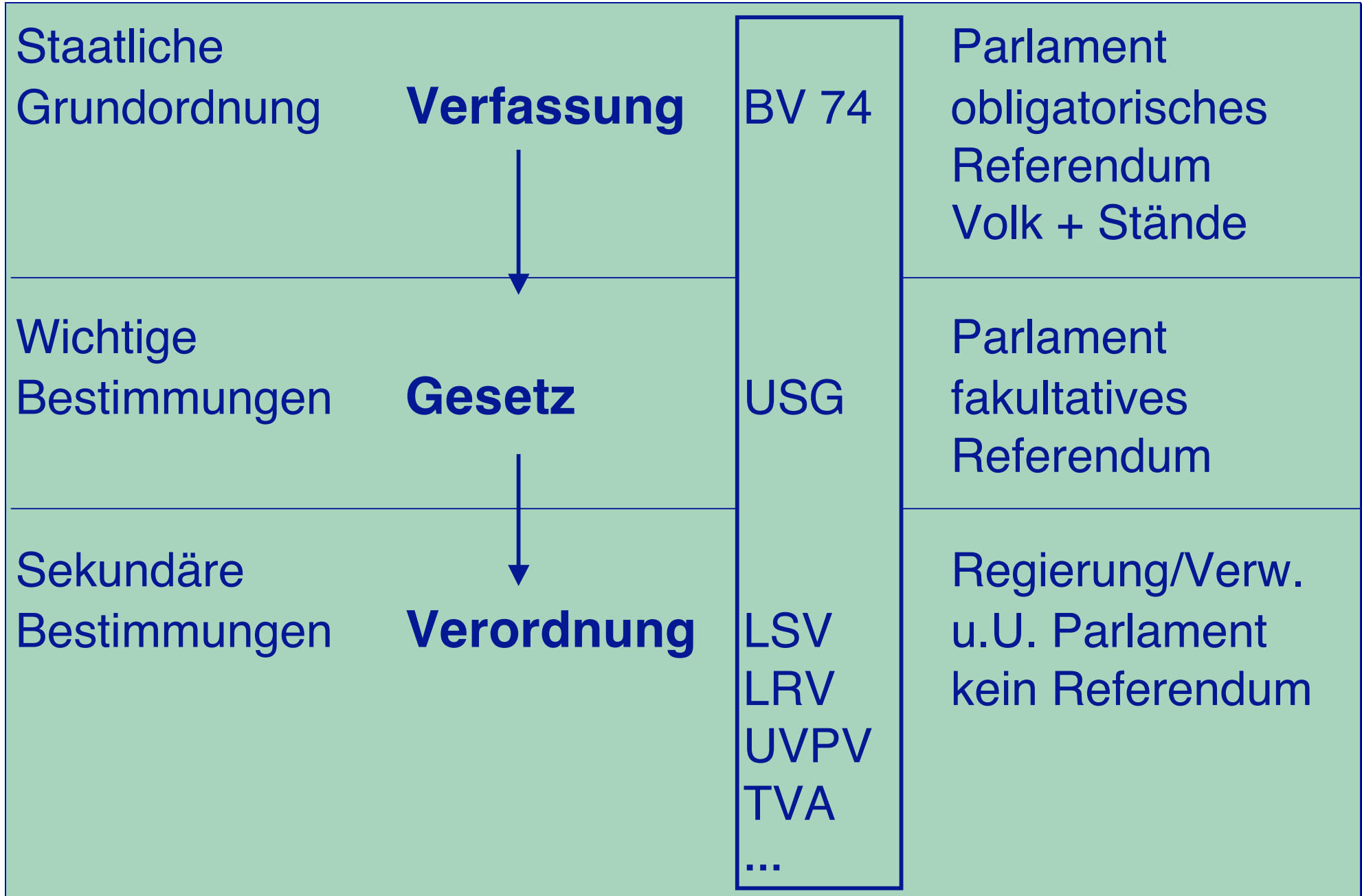


Gesetzliche Grundlage : Art. 36 Abs. 1 BV

«Gesetzliche Grundlage» = Rechtssatz



Regelungsmaterie



Rechtssatz – Einzelakt

	Adressatenkreis	Gegenstand
Rechtssatz	generell	abstrakt
Einzelakt	individuell	konkret

Le 9 mars 1976, à Sion, Jean-Pierre Favre a circulé au volant d'une automobile sans avoir attaché la ceinture de sécurité. Le Département de justice et police du canton du Valais l'a condamné le 24 mai 1976 à une amende de 20 fr. pour infraction à **l'art. 3a ch . 1 OCR.**

BGE 103 IV 192

Art. 57 SVG

¹ Der Bundesrat kann ergänzende Verkehrsvorschriften erlassen ...

Art. 3a VRV Tragen von Sicherheitsgurten

In Personenwagen, Lieferwagen, Kleinbussen und leichten Sattelschleppern müssen die Führer und mitfahrenden Personen die vorhandenen Sicherheitsgurten während der Fahrt tragen.

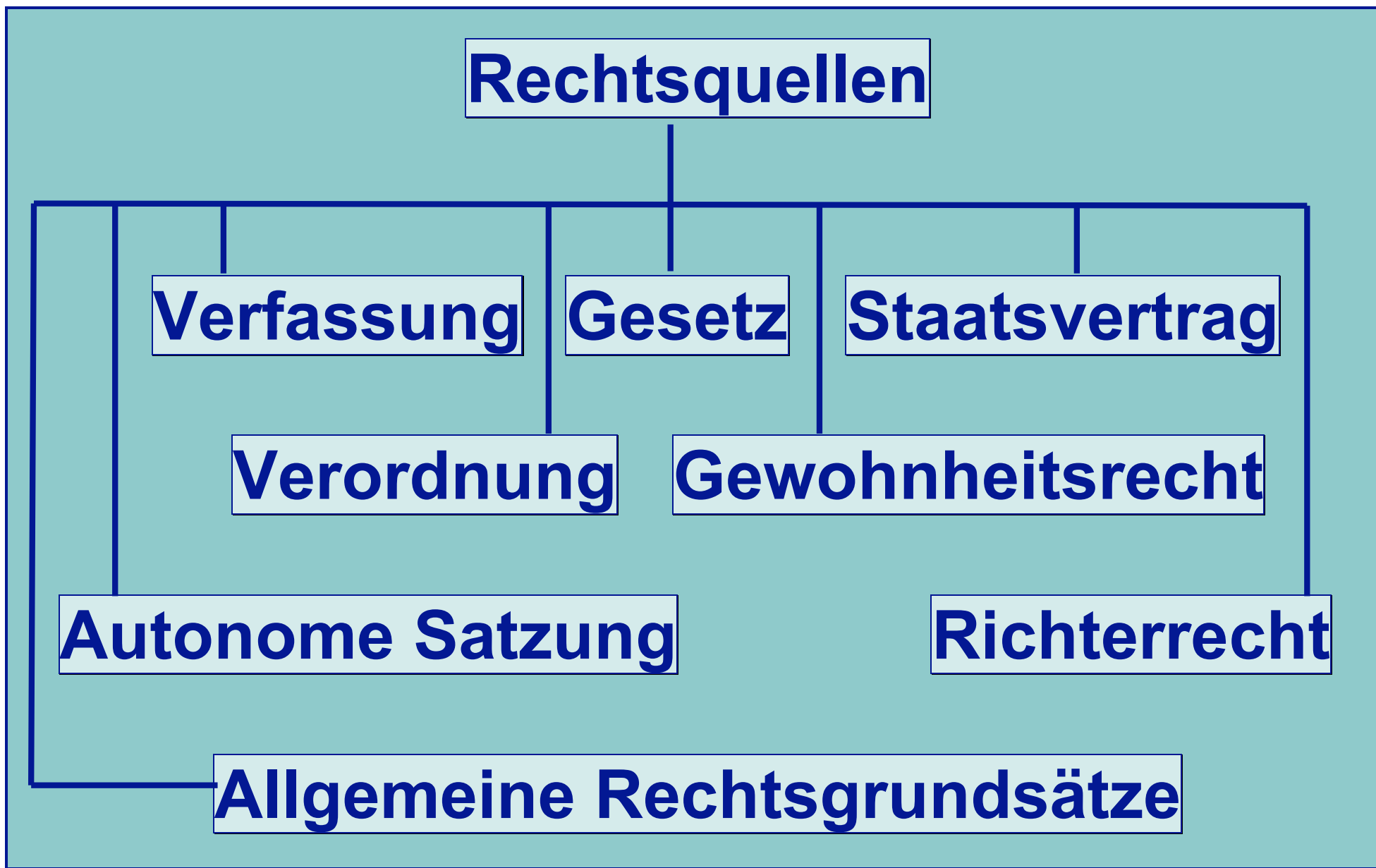
Strassenverkehrsgesetz Art. 57

¹ Der Bundesrat kann ergänzende Verkehrsvorschriften erlassen ...

⁵ Der Bundesrat kann vorschreiben, dass

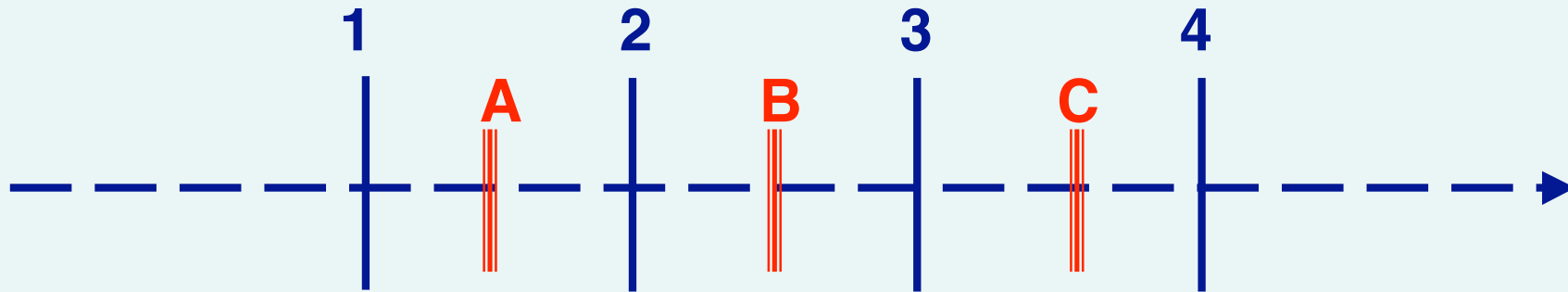
- a. Insassen von Motorwagen Rückhaltevorrichtungen (Sicherheitsgurten u. dgl.) benützen;
- b. Führer und Mitfahrer von Zweirädern mit motorischem Antrieb Schutzhelme tragen.

(eingefügt durch BB vom 21.3.1980)



Anwendbares Recht

Berücksichtigung neuen Rechts in Bauentscheiden



1 Einreichung Baugesuch

2 Bauentscheid

3 Entscheid Baurekurskommission

4 Entscheid Verwaltungsgericht

A – C Zeitpunkte, in denen das massgebende Recht geändert wird

Auslegung der Gesetze — Auslegungsmethoden

Sprachlich–grammatikalische Interpretation

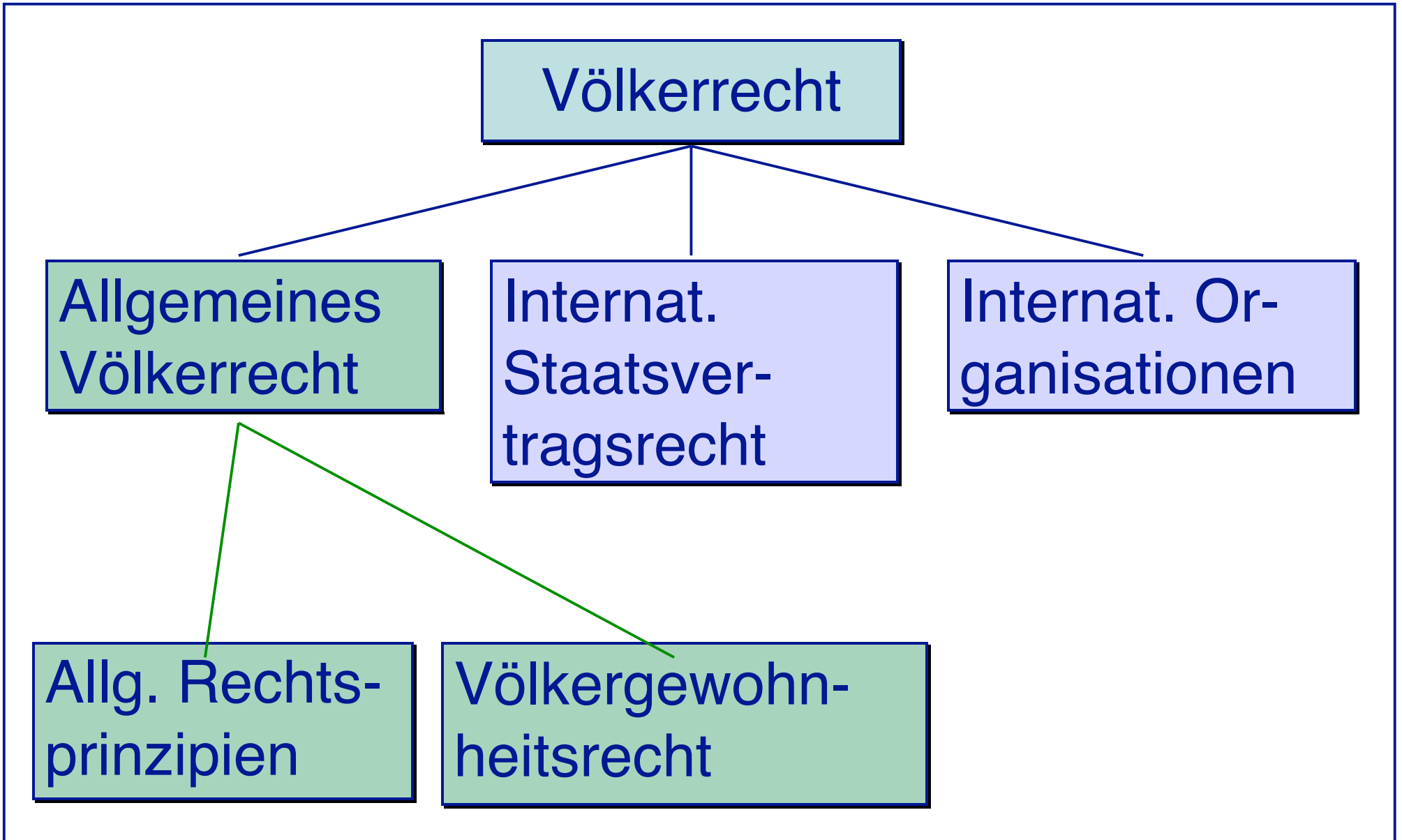
Systematische Interpretation

Historisches Auslegungselement

Teleologische Interpretation



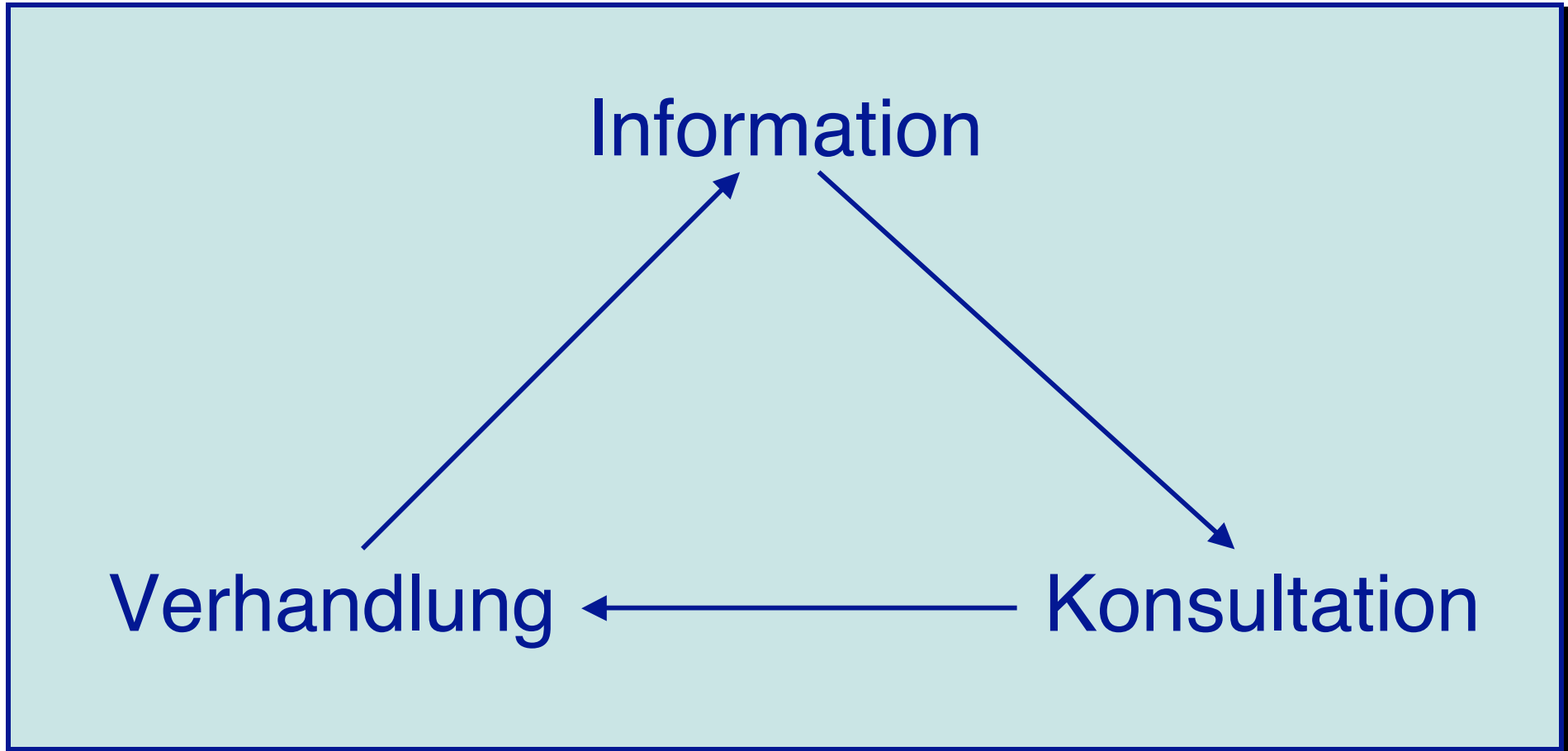
Methodenpluralismus



Völkergewohnheitsrecht

- **Verhaltensregeln**
- **von den Staaten in ihrem gegenseitigen Verkehr beobachtet**
- **Rechtsüberzeugung der Staatengemeinschaft (opinio iuris ac necessitatis)**
- **Kein Widerspruch zu Staatsverträgen**

Grenznahe umweltbeeinträchtigende Anlagen – Verfahren



Staatsvertragsrecht - Prinzipien

Monismus - Dualismus

Adaption - Transformation

self executing - non self executing

Staatsvertrag : Zustandekommen nach schweiz. Recht

Initiative	Volk? Bundesversammlung Bundesrat
Inhaltsfestlegung	Vertreter Bundesrat
Unterzeichnung	(Vertreter) Bundesrat
Genehmigung (innerstaatlich) Referendum	Bundesversammlung Volk → obligatorisch → fakultativ
Ratifikation (völkerrechtlich)	Bundesrat

Zweistufige Staatsvertragswerke

Übereinkommen

Klima-
änderungen

New York
9.5.1992

Weiträumige
Grenzüber-
schreitende
Luftverunrein.

Genf
13.11.1979

Grenzüberschr.
Gewässer
Schutz/Nutzung

Helsinki
17.3.1992

Protokolle

Kyoto
17.6.1999

Helsinki
8.7.1985

London
17.6.1999

Sofia
31.10.1988

Alpenkonvention

Übereinkommen zum Schutz der Alpen

Salzburg, 7.11.1991, Inkrafttreten für die Schweiz: 28.4.1999

D, F, I, FL, MC, A, SL, CH, EG

Ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen,
Berücksichtigung der Interessen der Alpenländer und -regionen.

Alpenkonferenz

Protokolle

(wählbar)

Raumplanung	Luftreinhaltung	Bodenschutz	Tourismus	Verkehr
Bevölkerung/Kultur	Bergwald	Energie	Wasserhaushalt	

